

**Stellungnahme der Stadtverwaltung Erfurt zur Drucksache 2077/18**

Titel

Modellprojekt "Tablet-Schule" und WLAN-Zugang an Erfurter Schulen

Öffentlichkeitsstatus

öffentlich

Stellungnahme

***Zu Beschlusspunkt 01:***

***Der Oberbürgermeister wird beauftragt, an allen Schulen, die ab dem Jahr 2019 neu gebaut oder saniert werden, einen WLAN-Zugang für alle Schulbeteiligten einzurichten. Die Schulen sollen damit in die Lage versetzt werden, selbstständig zu entscheiden, ob und wie sie diesen Zugang nutzen.***

Alle in der Sanierung befindlichen Schulen werden bereits strukturiert verkabelt. Damit wird eine Grundvoraussetzung geschaffen, dass u.a. WLAN Access Points zum Einsatz kommen können. Im Anschluss daran werden dafür umfangreiche Installationen und Konfigurationen von aktiven Netzwerkkomponenten notwendig. Diese sollten nur im Rahmen eines fundierten medienpädagogischen Konzeptes erfolgen.

***Zu Beschlusspunkt 02:***

***Der zur Verfügung gestellte Breitbandanschluss an allen Erfurter Schulen soll über eine ausreichend hohe Kapazität verfügen, um eine angemessene Geschwindigkeit des Internets für die jeweilige Schüler- und Lehrerzahl zu ermöglichen.***

Das Amt für Wirtschaftsförderung hat im Jahr 2016 erfolgreich einen Antrag für das „Bundesförderprogramm Breitband“ des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI) gestellt. Im Sommer 2017 hat das BMVI die Möglichkeit eingeräumt, eine breitbandige Anbindung für die Schulen nachträglich in das Förderprogramm aufzunehmen. Laut Zuwendungsgeber sind in Erfurt 98 Bildungseinrichtungen (68 Staatliche Schulen, 26 Schulen in freier Trägerschaft, 3 Standorte der Volkshochschule, 1 Hochschule) förderfähig. Ein Änderungsantrag wurde im Dezember 2017 gestellt und durch den Bund bewilligt. Die Ausschreibung zum Breitbandausbau läuft bereits parallel seit dem 07.03.2018. Laut Zeitplan ist mit einer Vergabe des Auftrages im Frühjahr 2019 zu rechnen. Der Ausbau wird sich voraussichtlich bis zum Jahr 2020/2021 erstrecken.

Mit der erfolgreichen Teilnahme an diesem Förderprogramm wird die erste Voraussetzung geschaffen, die Vorteile der Digitalisierung voll auszuschöpfen.

Ziel ist eine Versorgung mit 30Mbit/s je Klassenraum. Die Finanzierung der dann erheblich steigen Internet-Grundgebühren ist zu klären.

***Zu Beschlusspunkt 03:***

***Für die weiterführenden Erfurter Schulen soll die Stadtverwaltung ein zweijähriges Modellprojekt "Tablet-Schule" einführen. Im Rahmen des Projektes wird die auserwählte Schule technisch für das Projekt ausgestattet. Ziel ist es, an einer Erfurter Schule den Einsatz von Tablets***

***im Unterricht zu erproben. Die Schulen sollen sich dafür bewerben können. Der Tablet-Kauf soll durch die Eltern erfolgen. Die Stadt stellt Mittel für Sozialleistungsempfänger bereit. Die Ergebnisse des Projekts sind nach zwei Jahren allen anderen weiterführenden Schulen in Erfurt vorzustellen.***

Ein solches Modellprojekt gibt es bereits. Unter Federführung des Ministeriums für Bildung, Jugend und Sport wurden Anfang des Jahres 8 Pilotschulen gegründet, an denen der Einsatz von digitalen Medien umfassend getestet werden soll. Für die Stadt Erfurt nimmt die Gemeinschaftsschule Kerspleben an diesem Projekt teil. Parallel dazu wurde eine "Arbeitsgemeinschaft zur Digitalisierung Thüringer Schulen" gegründet. Mitglieder sind neben dem Ministerium für Bildung, Jugend und Sport, das Thüringer Institut für Lehrerfortbildung, Lehrplanentwicklung und Medien, der Thüringische Landkreistag, der Gemeinde- und Städtebund Thüringen, Vertreter der Städte Erfurt und Jena sowie die Landratsämter Greiz, Saalfeld-Rudolstadt, Schmalkalden-Meinungen und Gotha. Ziele sind eine neue Ausstattungsempfehlung und die Erarbeitung neuer pädagogischer Konzepte.

Im Rahmen dieses Projektes wurde in der Gemeinschaftsschule Kerspleben die technisch notwendige IT-Infrastruktur geschaffen. Die beiden 6. Klassen sowie die diese Klassen unterrichtenden Lehrer, wurden für den Projektzeitraum leihweise mit Tablets über das Medienzentrum ausgestattet. Das Projekt endet zum Schuljahresende 2018/2019. Sollte es nach Einschätzung aller Beteiligten erfolgreich sein, müssen die Eltern die Tablets für die folgenden Schuljahre selbst finanzieren.

Die Verwaltung sieht die Zuständigkeit bei zukünftigen Projekten jedoch weiterhin beim Ministerium für Bildung, Jugend und Sport. Vor diesem Hintergrund können wir diese Drucksache nicht unterstützen.

Anlagen

gez. Dr. Ungewiß  
Unterschrift Amtsleiter Amt für Bildung

30.11.2018  
Datum